

INTERNES BULLETIN DER GRUPPE ARBEITERSTANDPUNKT

=====

Nummer 4

7. Jänner 1976

Inhalt:

Diskussionsmaterial zur Frage Volksdemokratien.

DIE FRAGE DER BESETZTEN GEBIETE

Während ich diese Zeilen schreibe, bleibt die Frage der Gebiete, die von der Roten Armee besetzt sind, noch ungelöst. Die Depechen widersprechen einander, weil beide Seiten sehr viel liegen. Aber die gegenwärtigen Verhältnisse auf dem Schauplatz sind zweifellos noch äußerst unsicher. Die meisten der besetzten Gebiete werden sicherlich ein Teil der UdSSR werden. In welcher Form?

525

Es ist jedoch wahrscheinlicher, daß die Moskauer Regierung in den Gebieten, die ein Teil der UdSSR werden sollen, die Enteignung der Großgrundbesitzer und die Verstaatlichung der Produktionsmittel durchführen wird. Das ist am wahrscheinlichsten, nicht weil die Bürokratie dem sozialistischen Programm treu geblieben wäre, sondern weil sie weder beabsichtigt noch dazu imstande ist, die Macht und die Privilegien, die letztere mit sich bringt, mit den alten herrschenden Klassen in den besetzten Gebieten zu teilen. Hier bietet sich eine Analogie buchstäblich an. Der erste Bonaparte brachte die Revolution zum Stehen, durch eine Militärdiktatur. Jedoch als die französischen Truppen nach Polen einmarschierten, unterzeichnete Napoleon einen Erlaß: "Leibeigenschaft ist aufgehoben." Diese Maßnahme wurde nicht durch Napoleons Sympathien für die Bauern diktiert, noch von demokratischen Grundgedanken, sondern eher dadurch, daß die bonapartistische Diktatur sich selbst nicht auf feudale, sondern auf bürgerliche Eigentumsverhältnisse stützte. Da die bonapartistische Diktatur Stalins nicht auf privatem, sondern auf Staatseigentum beruht, müßte die Invasion Polens durch die Rote Armee, der Natur der Sache nach, mit der Abschaffung des kapitalistischen Privateigentums enden, um auf diese Weise die Regierungsform der besetzten Gebiete der Regierungsform der UdSSR anzupassen.

Diese Maßnahme, ihrem Charakter nach revolutionär - "die Expropriation der Expropriateure" -, wird in diesem Fall auf militärisch-bürokratische Weise durchgeführt. Ruft man die Massen in den neuen Gebieten zu unabhängigen Handlungen auf - und ohne solche einen Anruf, selbst wenn er mit äußerster Vorsicht ausgedrückt ist, ist es unmöglich, ein neues Regime einzusetzen -, so wird man diese Handlungen zweifellos schon morgen durch grausame Polizeimaßnahmen unterdrücken, um das Übergewicht der Bürokratie über die erwarteten revolutionären Massen zu sichern. Dies ist die eine Seite der Angelegenheit. Aber es gibt noch eine andere. Um Polen durch ein Militärbündnis mit Hitler besetzen zu können, täuschte der Krenl seit langer Zeit die Massen in der UdSSR und in der ganzen Welt, und tut dies auch weiterhin. Und dadurch hat er die Reihen seiner eigenen kommunistischen Internationale völlig zerrüttet. Das politische Hauptkriterium für uns ist nicht die Umwandlung der Eigentumsverhältnisse in diesem oder jenem Gebiet, wie wichtig sie an sich auch sein mögen, sondern vielmehr die Veränderung im Bewußtsein und in der Organisation des Weltproletariats, das Wachsen seiner Fähigkeit, frühere Errungenschaften zu verteidigen und neue zu erreichen. Nur von diesem Standpunkt aus, und das ist der einzig entscheidende, bleibt die Politik Moskaus, als Ganzes genommen, völlig reaktionär und ist weiterhin das Haupthindernis auf dem Wege zur Weltrevolution.

Unsere allgemeine Einschätzung des Kremels und der Komintern ändert jedoch nichts an der besonderen Tatsache, daß die Verstaatlichung des Eigentums in den besetzten Gebieten an sich eine fortschrittliche Maßnahme ist.

WIR ÄNDERN UNSEREN KURS NICHT !

Die Verstaatlichung der Produktionsmittel ist, wie wir schon sagten, eine fortschrittliche Maßnahme. Aber ihre Fortschrittlichkeit ist relativ; ihr spezifisches Gewicht hängt von der Gesamtsumme aller anderen Faktoren ab. Daher müssen wir zu allererst feststellen, daß die Ausdehnung des Gebietes, das von der bürokratischen Autokratie und vom bürokratischen Parasitentum beherrscht wird, und zwar mit sozialistischen Maßnahmen bemäntelt, das Ansehen des Kremls vergrößern und Illusionen darüber hervorrufen kann, daß man die proletarische Revolution durch bürokratische Manöver ersetzen kann, usw. Dieses Übel überwiegt den fortschrittlichen Inhalt der stalinistischen Reformen in Polen bei weitem. Damit das nationalisierte Eigentum in den besetzten Gebieten, ebenso wie in der UdSSR, eine Grundlage für eine wirklich fortschrittliche, d. h. sozialistische Entwicklung wird, muß die Moskauer Bürokratie gestürzt werden. Unser Programm behält also seine ganze Gültigkeit. Die Ereignisse überraschten uns nicht. Wir müssen sie nur richtig deuten. Man muß klar verstehen, daß im Charakter der UdSSR und in ihrer internationalen Lage scharfe Widersprüche enthalten sind. Man kann sich nicht selbst aus diesen Widersprüchen mit Hilfe terminologischer Taschenspielertricks befreien ("Arbeiterstaat" - "kein Arbeiterstaat"). Wir müssen die Tatsachen so nehmen, wie sie sind. Wir müssen unsere Politik gestalten, indem wir von den wirklichen Verhältnissen und Widersprüchen ausgehen.

Unsere Aufgaben in den besetzten Gebieten bleiben im Grunde dieselben wie in der UdSSR selbst. Da sie aber durch die Ereignisse in einer äußerst scharfen Form gestellt werden, ermöglichen sie uns um so besser, unsere allgemeinen Aufgaben bezüglich der UdSSR zu klären.

Meine Äußerung, daß der Krenl mit seinen bürokratischen Methoden den Anstoß zu einer sozialistischen Revolution in Polen gab, wird von Shachtman in die Behauptung umgewandelt, daß meiner Meinung nach eine "bürokratische Revolution" des Proletariats voraussichtlich möglich sei. Das ist nicht nur falsch, sondern verräterisch. Mein Ausdruck war streng begrenzt. Es handelt sich nicht um eine "bürokratische Revolution", sondern um einen bürokratischen Anstoß. Diesen Anstoß zu leugnen, bedeutet, die Wirklichkeit zu leugnen. Die Volksmassen, in der westlichen Ukraine und in Weißrußland fühlten jedenfalls diesen Anstoß, verstanden seine Bedeutung

und benutzen ihn, um einen grundlegenden Umsturz in den Eigentumsverhältnissen durchzuführen. Eine revolutionäre Partei, die diesen Anstoß nicht rechtzeitig bemerkt hätte und ihn nicht ausgenützt hätte, wäre zu nichts zu gebrauchen, außer für den Müllhaufen.

Dieser Anstoß in Richtung auf die sozialistische Revolution war nur möglich, weil die Bürokratie der UdSSR sich auf die Ökonomie eines Arbeiterstaates stützt und ihre Wurzeln in der Ökonomie hat. Das revolutionäre Ausnutzen dieses "Anstoßes" durch die Ukrainer und Weißrussen war nur durch den Klassenkampf in den besetzten Gebieten und durch die Macht des Beispiels der Oktoberrevolution möglich. Schließlich wurde die schnelle Erdrösslung oder Halb-Erdrösslung dieser revolutionären Massenbewegung durch ihre Isolation und die Stärke der Moskauer Bürokratie ermöglicht. Wer die dialektische Wechselbeziehung zwischen den drei Faktoren Arbeiterstaat, unterdrückte Massen und bonapartistische Bürokratie nicht versteht, hätte besser wertloses Geschwätz über die Ereignisse in Polen bleiben lassen.

Das Programm für die Wahlen zur Nationalversammlung in der West-Ukraine und im westlichen Weißrußland enthält, selbstverständlich von Moskau diktiert, drei äußerst wichtige Punkte: Anschluß beider Provinzen an den Staatenbund der UdSSR, Enteignung des Großgrundbesitzes zugunsten der Bauern, Nationalisierung der Großindustrie und der Banken. Die ukrainischen Demokraten, so kann man schließen, hielten es für das kleinere Übel, unter der Herrschaft eines einzigen Staates vereint zu werden. Und vom Standpunkt des künftigen Unabhängigkeitskampfes haben sie recht. Was die beiden anderen Punkte betrifft, sollte man annehmen, daß niemand von uns an ihrer Fortschrittlichkeit zweifeln kann. Schachtman versucht, um die Realität herumzukommen, nämlich

202

lich darum, daß nichts anderes als die sozialen Grundlagen der UdSSR den Kireml sein sozialrevolutionäres Programm aufgezwungen haben, und verweist dazu auf Litauen, Estland und Lettland, wo alles beim alten geblieben ist. Ein unglaubliches Argument! Niemand hat behauptet, daß die Sowjetbürokratie immer und überall die Enteignung der Bourgeoisie durchführen will und kann. Wir sagen nur, daß keine andere Regierung den sozialen Umsturz hätte durchführen können, den die Krembürokratie trotz ihres Bündnisses mit Hitler in Ostpolen gutheissen mußte. Andernfalls hätte sie das Gebiet nicht dem Staatenbund der UdSSR angliedern können.

Der Appell der "Volksregierung" ruft nach Arbeiterkontrolle. Was kann das bedeuten!, schreibt Schachtman. Es gibt keine Arbeiterkontrolle in der UdSSR; wober soll sie dann in Finnland kommen? Schachtman zeigt leider, daß er die Situation ganz und gar nicht versteht. In der UdSSR ist die Arbeiterkontrolle ein Stadium, das schon lange abgeschlossen ist. Von der Kontrolle über die Bourgeoisie schritten sie zur Leitung der nationalisierten Produktion. Von der Leitung der Arbeiter - zur Herrschaft der Bürokratie. Nun würde neue Arbeiterkontrolle die Kontrolle über die Bürokratie

bedeuten. Sie kann aber nicht eingerichtet werden, es sei denn als Ergebnis eines erfolgreichen Aufstandes gegen die Bürokratie. In Finnland bedeutet Arbeiterkontrolle noch nicht mehr als das Hinausdrängen der einheimischen Bourgeoisie, deren Platz die Bürokratie einzunehmen gedenkt. Außerdem sollte man nicht annehmen, daß der Kireml so dumm ist zu versuchen, Ostpolen und Finnland durch importierte Kommissare zu regieren. Es ist für den Kireml

210

äußerst dringlich, einen neuen Verwaltungsapparat aus der arbeitenden Bevölkerung der besetzten Gebiete zu gewinnen. Diese Aufgabe kann nur in verschiedenen Etappen gelöst werden. Die erste Etappe sind die Bauernkomitees und die Komitees der Arbeiterkontrolle. (1)

(1) Dieser Artikel war bereits geschrieben, als ich in der New York Times vom 17. Januar über das frühere Ostpolen folgende Zeilen las: "In der Industrie wurden drastische Enteignungsmaßnahmen noch nicht in großem Maßstab durchgeführt. Die Hauptzentren des Banksystems, die Eisenbahn und einige Unternehmen der Großindustrie waren schon Jahre vor der russischen Besetzung Staatseigentum. In kleinen und mittleren Industriebetrieben übten die Arbeiter Kontrolle über die Produktion aus."

Die Industriellen behalten nominell das volle Eigentumsrecht an ihren eigenen Firmen, aber sie sind gezwungen, Berichte über die Produktionskosten usw. den Arbeiterdelegierten zur Durchsicht vorzulegen. Diese setzen zusammen mit den Unternehmen die Löhne, die Arbeitsbedingungen und eine 'gerechte Profitrate' für die Industriellen fest."

So sehen wir, daß sich die "Realitäten der lebendigen Ereignisse" überhaupt nicht den pedantischen und leblosen Modellen der Oppositionsführer unterwerfen. Währenddessen sind unsere "Abstraktionen" in Fleisch und Blut übergegangen.

Die Sowjetrepublik sowjetisierte 1921 gewaltsam Georgien,

das ein offenen Tor für einen imperialistischen Angriff im Kaukasus darstellte. Vom prinzipiellen Standpunkt der nationalen Selbstbestimmung hätte man ziemlich viel gegen eine solche Sowjetisierung einwenden können. Von dem Standpunkt aus, daß der Kampfplatz der sozialistischen Revolution ausgedehnt werden müsse, war die militärische Intervention in einem Agrarland mehr als zweifelhaft. Vom Standpunkt der Selbstverteidigung eines Arbeiterstaates, der von Feinden umzingelt ist, war die gewaltsame Sowjetisierung gerechtfertigt: Der Schutz der sozialistischen Revolution hat Vorrang vor formalen demokratischen Grundsätzen.

Genauso wie im Fall Georgiens nutzte die Weltbourgeoisie die Invasion in Finnland dazu aus, die öffentliche Meinung gegen die UdSSR zu mobilisieren. Auch in diesem Fall trat die Sozialdemokratie als die Vorhut des demokratischen Imperialismus auf. Das unglückliche "dritte Lager" der in Pa- nik veretzten Kleinbourgeoisie bildete die Nachhut.

Zusammen mit der eindrucksvollen Ähnlichkeit dieser beiden Fälle militärischer Intervention gibt es jedoch einen tiefreichenden Unterschied - die UdSSR jetzt ist weit davon entfernt, die Sowjetrepublik von 1921 zu sein. 1934 erklärten die Thesen der Vierten Internationale über den Krieg: "Die ungeheure Entwicklung der Sowjetbürokratie und die kläglichen Lebensbedingungen der Arbeiter haben die Anziehungskraft der UdSSR für die Weltarbeiterklasse stark eingeschränkt." Der sowjetisch-finnische Krieg enthielte

anschaulich und vollständig, daß das gegenwärtige Regime der UdSSR unfähig ist, innerhalb der Schußweite von Lenins Grad, der Wiege der Oktoberrevolution, eine Anziehungskraft auszuüben. Trotzdem folgt daraus nicht, daß die UdSSR dem Imperialismus ausgeliefert werden muß, sondern nur daß die UdSSR den Händen der Bürokratie entrissen werden muß.

ein. Die anfänglichen diplomatischen Verhandlungen zwischen Moskau und Helsinki zeigen den Versuch an, die Frage so zu lösen, wie mit den anderen baltischen Staaten. Finnlands Widerstand zwang den Kreaml, sein Ziel durch militärische Maßnahmen zu verfolgen. Stalin konnte den Krieg vor den breitesten Massen nur durch die Sowjetisierung Finnlands rechtfertigen. Die Einsetzung der Kuusinen-Regierung zeigte, daß Finnland nicht das Schicksal der baltischen Staaten, sondern das Polens erwartete, wo Stalin - es spielt keine Rolle, was die Amateur-Kommentatoren des "dritten Lagers" kritzelnd sich selbst gezwungen sah, einen Bürgerkrieg hervorzurufen und Besitzverhältnisse umzustürzen.

Ich führte verschiedene Male genau aus, daß Stalin gezwungen wäre, die Sowjetisierung Finnlands durchzuführen, wenn der Krieg in Finnland nicht in einem allgemeinen Krieg unterginge und wenn er nicht genötigt wäre, sich vor einer Drohung von außen zurückzuziehen. Diese Aufgabe selbst war weitaus schwieriger als Ostpolen zu sowjetisieren. Schwieriger vom militärischen Standpunkt, weil Finnland zufällig besser vorbereitet war. Schwieriger vom nationalen Standpunkt, denn Finnland besitzt eine lange Tradition im Kampf um nationale Unabhängigkeit von Rußland, während die Ukrainer und die Weißrussen gegen Polen kämpften. Schwieriger vom sozialen Standpunkt, denn die finnische Bourgeoisie hatte das vorkapitalistische Agrarproblem auf ihre eigene Weise gelöst, indem sie ein landwirtschaftliches Kleinbürgertum schuf. Dennoch hätte ein militärischer Sieg Stalins über Finnland sehr wahrscheinlich dazu geführt, daß die Eigentumsverhältnisse mit mehr oder weniger Unterstützung der finnischen Arbeiter und Kleinbauern umgestürzt worden wären.

Die Anhänger des "dritten Lagers" (des Lagers der in Pa-
nik versetzten Kleinbourgeoisie) flickten folgende Konstruktion zusammen: Trotzki leitete den Bürgerkrieg in Finnland aus der Klassennatur der UdSSR ab; da es ja keinen Bürgerkrieg gab, kann die UdSSR kein Arbeiterstaat sein. In Wirklichkeit war es durchaus nicht notwendig, einen möglichen Bürgerkrieg in Finnland aus der soziologischen Definition der UdSSR logisch "herzuleiten" - es reichte aus, sich auf die Erfahrung in Ostpolen zu verlassen. Der Umsturz der Besitzverhältnisse, der dort durchgeführt wurde, hätte nur von dem Staat geleistet werden können, den die Oktoberrevolution hervorgebracht hat. Dieser Umsturz wurde der Kremlogarchie durch ihren Kampf um Selbsterhaltung unter besonderen Bedingungen aufgezwungen. Es bestand nicht der leiseste Grund, daran zu zweifeln, daß sie sich unter entsprechenden Bedingungen gezwungen sehen würde, genau die gleichen Aktionen in Finnland zu wiederholen. Mehr habe ich nicht behauptet. Aber die Bedingungen änderten sich im Laufe des Kampfes. Ein Krieg, genau wie eine Revolution, nimmt oft jähe Wendungen. Mit dem Aufhören der militärischen Operationen auf seiten der Roten Armee konnte natürlich keine Rede davon sein, einen Bürgerkrieg in Finnland zu entfesseln.

aussiedelungen verbunden sein! - nicht kühnen, sie mussten und müssen sie vielmehr verwehren und mit der Verantwortung für dieses revolutions-schädliche, auch den proletarischen Staat schwer benachteiligende Handeln die Stalinbürokratie vor dem Weltproletariat belasten; es versteht sich, dass keine wie immer geartete "Volksabstimmung" unter den Revolvern der GPU den zwangswiesigen, überhöhten Charakter irgendeiner Annexion, Zwangsaussiedelung behobt. Das ändert nicht unsere Grundposition der Verteidigung des proletarischen Staates, denn dieser Grundaufgabe gegenüber behalten die stalinschen Annexionspläne, Annexionskriege, Annexionen, Zwangsaussiedelungen, so sehr sie die proletarische Revolution schädigen, ein verhältnismässig untergeordnetes Gewicht. Sobald jedoch die Verteidigung des proletarischen Staates im grossen und ganzen gesichert ist, sobald es auf dieser Grundlage in der Hauptsache nur noch um stalinsche Raubzüge geht - derartige revolutions-schädliche Kriegshandlungen, wozu die Rote Armee von der Stalinoligarchie vergewaltigt, missbraucht werden sollte, klagen wir vor dem Weltproletariat nicht nur an, sondern verweigern ihnen auch jede Unterstützung. Handelt es sich gar um den stalinschen Versuch, die proletarischrevolutionäre Entwicklung, Bewegung in ausser-russischen Ländern durch militärische Besetzung, militärisches Eingreifen zu hemmen, niederzuhalten, niederzuwerfen, so werden die proletarischen Revolutionäre, die revolutionären Arbeiter und armen Bauern, Kleinbürger der Roten Armee, wo und wann immer diese zu militärischem Vorgehen gegen die revolutionären Arbeiter, gegen die Arbeiterrevolution von der Stalinoligarchie vergewaltigt, missbraucht werden sollte, ausnahmslos in jedem solchen Fall jede Unterstützung verweigern, ja sie werden sie in jedem derartigen Fall bekämpfen, und zwar vor allem mit dem Mittel des revolutionären Verbrüderens mit den Arbeitern und armen Bauern der Roten Armee gegen die Weltbourgeoisie und gegen die Stalinbürokratie, gegen alle ihre Helfer, für die Wiederherstellung der proletarischen Demokratie in der Sowjetunion, für die internationale proletarischdemokratische Revolution.

In der gegebenen Lage arbeiten wir hin auf den Sturz der finnischen Bourgeoisie, auf die Errichtung eines proletarischdemokratischen, unabhängigen Sowjetfinnland und auf dessen Verteidigung gegen jede Vergewaltigung. Die finnischen Arbeiter und ärmsten Bauern müssen die militärische Aktion der Roten Armee gegen die finnische Bourgeoisie unterstützen - und zwar auch in der finnischen Armee - durch ihren konsequenten, unablässigen revolutionären Kampf zum Sturz der finnischen Bourgeoisie und gegen die Weltbourgeoisie - einzig und allein auf dieser Grundlage haben sie das Recht, sich gegen die stalinsche Vergewaltigung ihres proletarisch-revolutionären Selbstbestimmungsrechtes, gegen die stalinsche Annexion zur Wehr zu setzen; dagegen unterstützen sie einen nicht der Annexion dienenden Einmarsch der Roten Armee, eine nicht der Annexion dienende, bloss zeitweilige militärische Besetzung Finnlands durch die Rote Armee, welche das proletarischrevolutionäre Selbstbestimmungsrecht, die proletarischrevolutionären, die proletarischdemokratischen Rechte der finnischen Arbeiter und ärmsten Bauern unangetastet lässt. Analog kämpfen die proletarischen Revolutionäre für ein unabhängiges, proletarischdemokratisches Sowjetestland, Sowjetlettland, Sowjetlitauen, Sowjetbessarabien usw, wobei die unabhängigen Sowjetstaaten sich in freier Selbstbestimmung entweder fördern können (wie zum Beispiel die baltischen Sowjetstaaten) oder sich w.B. an die unabhängige proletarischdemokratische Sowjetukraine anschliessen können. Sobald Sowjetrussland als gesunder proletarischer Staat, als proletarischdemokratischer Staat wieder dastehen wird, werden alle unabhängigen Sowjetstaaten in freier Selbstbestimmung ihr staatliches Verhältnis zur Sowjetunion ordnen.

Auf die stalinschen Bewähungen, die Annexion finnischen Gebietes mit militärischen Notwendigkeiten zu begründen, hat Marx schon 1870 die Antwort erteilt: "Ist es nicht überhaupt eine Ungereimtheit und ein Anachronismus, wenn man militärische Rücksichten zu einem Prinzip erhebt, wonach die militärischen Grenzen bestimmt werden sollen... Wenn die Grenzen durch militärische Interessen bestimmt werden sollen, werden die Ansprüche nie ein Ende nehmen, weil jede militärische Linie notwendig fehlerhaft ist und durch Annexionen von weiterem Gebiet verbessert wird; und überdies kann sie nie endgültig und gerecht bestimmt werden, weil sie immer dem Besiegten vom Sieger aufgezwungen wird und folglich schon den Keim neuen

nären Truppen eindringen. Die Theorie des Sozialismus in einem Land ist natürlich nicht fähig, aus sich diese aktive internationale Solidarität vorzubereiten und die Interventionsarmee zu rechtfertigen. Der Kreml plant und behandelt die militärische Intervention wie alle Fragen seiner Politik unabhängig von den Ideen und Gefühlen der Arbeiterklasse. Aus diesem Grunde kompromittieren die letzten diplomatischen "Erfolge" die USSR ungeheuer und streuen in die Reihen des Weltproletariats grosse Verwirrung... "Die Aussenpolitik ist die Fortsetzung der Innenpolitik. Wir haben nie versprochen, alle Aktionen der Roten Armee zu unterstützen, die ein Instrument ist in den Händen der bonapartistischen Bürokratie. Wir haben nur versprochen, die USSR als Arbeiterstaat und jene Errungenschaften, die den Charakter eines solchen kennzeichnen, zu verteidigen... Auf irgendeine Weise wird die IV. Internationale festzustellen wissen, wo und wann sie die sozialen Grundlagen und die USSR verteidigt" (Trotzki: Nochmals über den Charakter der USSR, 18.10.1939, S.17, 17/18, 18).

d. Der Zweck der stalinschen Annexionen.

Zuerst begründete die Stalinbürokratie ihre Annexionen mit der Notwendigkeit, die Verteidigungsposition des Sowjetgebietes (insbesondere gegen den zu erwartenden deutschimperialistischen Angriff) wesentlich zu verstärken. Die harten Tatsachen haben diese "Rechtfertigung" weggefegt: innerhalb kurzer Zeit hatte die durch die stalinsche Politik so gewaltig verstärkte Kriegsmaschine Hitlers die durch Stalins Annexionen "verbesserte" Verteidigungsposition über den Haufen gerannt. Wir haben an anderer Stelle bewiesen, dass die stalinsche Politik dem deutschen Imperialismus zehnmal so grosse Machtvorteile verschaffte, als der Köder betrug, den Stalin als Preis dafür in Form der Annexionen einheimen durfte. Die Beute aus dem gemeinsamen Raubzug mit Hitler, die er bald darauf verspielt hat, will Stalin nun im Bündnis mit den imperialistischen Räufern von Amerika, England usw heimholen. Nach wie vor beharrt die Stalinbürokratie auf ihren Annexionen. Warum? Die Antwort lautet: um den ungeheuren Bankrott ihrer Gesamtpolitik vor den russischen Arbeitern, vor den russischen Volksmassen mittels des "Erfolges", des Ruhmes der stalinschen Eroberungen, Annexionen zu verdecken und sich so trotz des katastrophalen Bankrotts weiter an Macht, Ehren und Futterkrippe zu behaupten. (Die jüngste stalinsche Verfassungsreform vom Februar 1944 mit ihrer "Autonomie" der 16 Sowjetstaaten soll es erleichtern, die Annexionen durchzuführen; nebenbei öffnet sie vorausschauend ein Hintertürchen, um da und dort das Kollektiveigentum an den Produktionsmitteln, sobald solche Massnahmen unter dem Druck der Weltbourgeoisie nötig werden sollten, "unmerklich" zu verwässern, damit sich die Stalinbürokratie trotzdem oben halten könne).

Wodurch vermag die Sowjetregierung - trotz der stalinschen Entartung, trotz der Stalinbürokratie, trotz der Stalinpolitik - so gewaltige Widerstandskraft, Schlagkraft zu entfalten? Die Hauptquelle dieser Kraft hat die Oktoberrevolution von 1917 ins Leben gerufen: das Kollektiveigentum an den Produktionsmitteln, die kollektive Form der Produktion. Wieso aber auf dieser Grundlage - trotz des schärfen, wachsenden Gegensatzes der Massen der russischen Arbeiter und armen Bauern zur Stalinbürokratie und zu den von dieser gezüchteten kapitalistischen Landarben und Elemente - dieses eiserne Zusammenhalten, Zusammengehen der gesamten Bevölkerung ohne Unterschied gegen den Raubzug des deutschen Imperialismus? Als ganz verschiedenen Gründen kämpfen heute alle Klassen im entarteten proletarischen Staat in eiserner Einheitsfront gegen die deutschen Imperialisten. Die Arbeiter und armen Bauern verteidigen den proletarischen Staat, das Kollektiveigentum an den Produktionsmitteln gegen die räuberische deutsche Bourgeoisie; mit Recht unterstützen sie dieser unmittelbaren Hauptaufgabe ihre Abrechnung mit der Stalinbürokratie. Die mittleren Bauern verteidigen den Boden, den die deutschen Imperialisten an sich reissen wollen. Die noch getarnten Elemente der neuen russischen Kapitalistenklasse wollen das Privateigentum an den kollektivierten Produktionsmitteln, aber sie wollen sie für sich und nicht für die deutsche Bourgeoisie oder unter deren Fuchtel. Diese Zwangslage kommt der bankrotten Stalinbürokratie vorübergehend zugute. Sobald die unmittelbare imperialistische Bedrohung für den Sowjetstaat gebannt sein wird, werden die Gegensätze zwischen den russischen Massen einerseits und der Stalinbürokratie samt den von ihr gezüchteten neuen kapitali-

stischen Elementen andererseits früher oder später wieder hervortreten und sich verschärfen: diese und nur diese wollen den Raubkrieg, wollen Zwangseroberungen, Annexionen, zwangsweise Einverleibungen, Eingliederungen, um damit den Bankrott ihrer Politik vor den Massen zu verdecken, während die russischen Massen an Annexionen, Zwangseroberungen, Zwangsaussiedlungen und dergleichen nicht denken, sondern nur an die Verteidigung des proletarischen Staates, des Kollektivigentums, der kollektiven Produktion und die besten unter ihnen an die internationale proletarische Revolution.

Die Stalinpolitik hat während der 20 Jahre seit 1923/24 die Weltarbeiterklasse von Katastrophe zu Katastrophe geführt, die Stalinbürokratie, die Stalinpartei hat sich trotz unausgesetzten sozialdemokratischen Verrats unfähig erwiesen, die sozialdemokratischen Arbeiter zu gewinnen, sie hat Hand in Hand mit der Sozialdemokratie die Kampfkraft der Arbeiter der ganzen Welt, insbesondere der deutschen Arbeiterklasse zersetzt, gelähmt, hat den entscheidenden, einzig verlässlichen Bundesgenossen des proletarischen Staates, hat das Weltproletariat kampfunfähig gemacht, vor allem dadurch hat sie im Gesamtergebnis die Verteidigungs- und Kampfbedingungen so gewaltig zum Nachteil des proletarischen Staates verschoben, dass selbst die übermenschliche Tapferkeit und Aufopferung der Roten Armee, ja der gesamten werktätigen Massen Sowjetrusslands das ihnen durch die Folgen der zwanzigjährigen grundfalschen Stalinpolitik auferlegte verhängnisvolle Handicap nicht ganz wettmachen, nicht voll aufholen kann. Dieselbe Stalinbürokratie, die durch ihre "Generallinie" die Massen (vor allem in Deutschland) - in tatsächlichem Zusammenspiel mit der SP, LP - kampfunfähig gemacht hat, redet sich heuchlerisch auf die Massen aus, vor allem auf das deutsche Proletariat. Trotz ihres nie aussetzenden Verrates an Weltproletariat, proletarischem Staat, Weltrevolution spekuliert die Stalinbürokratie nichtsdestoweniger "realistisch" darauf, dass die Arbeiter aus eigenem Interesse gezwungen sind, ungeachtet aller stalinschen Verrätereien, dem proletarischen Staat mit revolutionärer Massenerhebung zu Hilfe zu kommen. In der Tat, die Arbeiter aller Länder sind verpflichtet, aus ihrem ureigensten Interesse heraus, dem proletarischen Staat, vor allem mittels der proletarischen Revolution, zu Hilfe zu kommen; die Arbeiter sind sich dessen auch bewusst und haben den besten Willen dazu. Insofern ist die stalinsche Spekulation auf die proletarische Revolution - um sie nämlich für sich, für den russischen Chauvinismus auszuschmarotzen, sobald sie ohne und trotz des stalinstischen, sozialdemokratischen, labouristischen Verrates kommen wird - durchaus richtig; und doch hat sie ein ernstes Loch. Die stalinsche Politik, und Hand in Hand mit ihr die sozialdemokratische, labouristische Politik, durch alle ihre Auswirkungen arbeiten sie dem Umgruppieren der Massen zur proletarischen Revolution unausgesetzt entgegen, sie selbst hemmen den revolutionären Umgruppierungsprozess der Massen, sie selbst, vor allem die Stalinbürokraten, die Stalinpartei sind schuld, dass das Tempo der Revolutionierung der Massen im Verhältnis zu dem dringenden Verteidigungsbedürfnis des proletarischen Staates viel zu langsam vor sich geht.

Die Stalinbürokratie redet sich aus auf den Mangel der Zweiten Front. Doch gerade als die Armeen des deutschen Imperialismus 1941/42 in das Sowjetgebiet eindrangen, bestand noch kein formelles Bündnis mit England, USA. Und als das Bündnis mit England, USA geschlossen war, musste sich der "Kommunist" Stalin im klaren sein, dass der englische, amerikanische Imperialismus nicht Krieg führen, um dem proletarischen Staat zu helfen, sondern dass sie für Sowjetrussland freiwillig gerade nur soviel leisten, als den kapitalistischen Interessen der englischen, amerikanischen Bourgeoisie entspricht, also in keinem Fall soviel, als die Sowjetunion braucht, um sich als proletarischen Staat zu behaupten und siegreich als proletarischer Staat aus dem Krieg hervorzugehen. Die Taktik in der Frage der "Zweiten Front" ist eine taktische Hauptform, mittels welcher die amerikanisch-englischen Imperialisten daran arbeiten, die Hauptlast des Krieges dem proletarischen Staat aufzuerlegen, sich die Kräfte von ihm aus dem Feuer holen zu lassen und ihn so maximal zu schwächen. Da die Stalinbürokratie auf jede proletarisch-revolutionäre Politik verzichtet hat, insbesondere auch in den mit Sowjet-

reichen Kulturlebens das Untorpfand der Beschleunigung des Prozesses der freiwilligen Annäherung und Verschmelzung der Nationen sein" (Lening: Ergebnisse der Diskussionen über das Selbstbestimmungsrecht, 1916, S. 398/399).

Die Stalinbürokratie hat die russischen Arbeiter in Betrieb und Staat, in Gewerkschaft und Partei vollkommen entrechtet. Sie sind nicht Herren, sondern Knechte, die von der auf dem Rücken der von ihr verratenen Oktoberrevolution hochgekommene Stalinbürokratie unterdrückt, niedergehalten, elendiglich behandelt werden. An Reallohn, Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen, an materiellen und kulturellen Lebensbedingungen stehen sie nicht über den Arbeitern der kapitalistischen Länder, sondern tief unter ihnen, werden hier von den Stalinbürokraten noch Erger ausgebeutet als dort von den Kapitalisten. Kein Wunder, dass zum Beispiel die finnischen Arbeiter, die all diese Tatsachen aus aller nächster Nähe durch Jahre beobachten konnten, dadurch nicht angelockt wurden, dass sie keine Neigung zeigten, zeigen, sich mit dem von der Stalinbürokratie entarteten, missbrauchten, vergewaltigten proletarischen Staat staatlich zu vereinigen.

Die finnischen Arbeiter waren und sind also vom proletarischrevolutionären Standpunkt vollkommen im Recht, wenn sie sich gegen den gewaltsamen Versuch der Stalinbürokratie, sie gegen ihren Willen staatlich dem Stalinstaat einzuverleihen, widersetzen, widersetzen. Ihr schwerer Fehler liegt darin, dass sie diesen Widerstand im Bündnis mit der finnischen Bourgeoisie, also gegenrevolutionär, betätigen, statt ihre Front prinzipiell sowohl gegen die konterrevolutionäre Bourgeoisie Finnlands als auch in Unterordnung darunter gegen den Staat der Stalinbürokratie zu wenden, mit dem Ziel der revolutionären Aufrichtung der Diktatur der proletarischen Demokratie Finnlands. Und zwar eines solchen unabhängigen finnischen Sowjetstaates, der sein staatliches Verhältnis zu andern proletarischdemokratischen Staaten aus dem freien Willen seiner Arbeiter und Ärmsten Bauern bestimmt und im Verhältnis zu dem von der stalinschen Bürokratie und Arbeiteraristokratie vergewaltigten russischen Sowjetstaat selbstverständlich für die Befreiung der russischen Arbeiter, armen Bauern und Kleinbürger kämpft von der verräterischen Stalinbürokratie.

Nur gegen die Weltbourgeoisie ist die freie Einigung der Nationen im Sozialismus zu erkämpfen. Damit dieser Kampf erfolgreich sei, muss die Aussenpolitik des proletarischdemokratischen Staates unter anderem darauf ausgehen, die vom Weltimperialismus unterdrückten, ausgebeuteten Nationen, Kolonialvölker zur vertrauensvollen Zusammenarbeit, als Bundesgenossen zu gewinnen. Der Staat der proletarischen Demokratie kämpft für das nationale Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten, ausgebeuteten Nationen, Kolonialvölker, für ihr Recht, einen eigenen, selbständigen, unabhängigen Staat zu bilden und in voller Freiheit über dessen staatliche Bindungen im Verhältnis zu andern Völkern, Ländern, Staaten zu entscheiden. Der Staat der proletarischen Demokratie fördert, unterstützt den nationalrevolutionären Freiheitskampf der unterdrückten, ausgebeuteten Nationen, Kolonialvölker, gegen alle feudalen, kapitalistischen, imperialistischen Staaten, er anerkennt das Recht der unterdrückten Nationen, der Kolonialvölker über ihre Eigenstaatlichkeit, über ihre staatlichen Beziehungen auch im Verhältnis zum schon bestehenden proletarischdemokratischen Staat in voller Freiheit selbst zu entscheiden. Er anerkennt das nationale Selbstbestimmungsrecht, obwohl es nur ein bürgerlichdemokratisches Prinzip ist; er lässt sich durch das nationale Selbstbestimmungsrecht jedoch nicht die Hände binden, wenn sich die Weltbourgeoisie und ihre Helfer dieser Lösung als einer Waffe bedienen gegen die internationale proletarische Revolution, gegen das Weltproletariat, den proletarischen Staat inbegriffen. Das nationale Selbstbestimmungsrecht ist und bleibt den gemeinsamen inneren Interessen der Arbeiter und der Ärmsten Bauern

der ganzen Welt, das ist dem allumfassenden, höchsten Prinzip des Weltproletariats, der proletarischen Weltrevolution stets untergeordnet, eingeordnet.

Im Jahre 1939/40 annektierte die Stalinbürokratie die drei Baltenländer, sie gliederte sie ohne, ja gegen den Willen der lettischen, estnischen, litauischen Arbeiter dem Stalinstaat gewaltsam ein; ebenso gut wie die finnischen Arbeiter, so sahen die Proletarier von Estland, Lettland, Litauen aus nächster Nähe die wahre Lage der Arbeiterschaft in Stalinrussland. Die Stalinbürokratie vollzog diese gewaltsame Einverleibung auch gegen den freien Willen der Gesamtbevölkerung der Baltenländer, deren nationales Selbstbestimmungsrecht missachtend. Der englisch-französisch-amerikanische Imperialismus war damals - sehr gegen seinen Willen - tatsächlich nicht in der Lage, die drei kleinen Länder als imperialistische Stütze gegen die Sowjetunion zu missbrauchen. Zu gleicher Zeit "sicherte" der Stalin-Hitlerpakt die Stalinbürokratie vor dem Zugriff des deutschen Imperialismus. Als Preis für die Rückenbedeckung, die er dem deutschen Faschismus gab, bedang sich Stalin unter anderem den Raub der drei Baltenländer aus. Im Herbst 1939 zwang die Stalinbürokratie die drei kleinen Völker zu "Verträgen" über die Einräumung militärischer Basen und deren Besetzung durch russische Truppen. Im Vorlaufe von 1940 führte die Stalinbürokratie denselben Abstimmungsschwindel durch, den Hitler 1938 in Oesterreich vollzogen hatte, nämlich eine "freie" Abstimmung unter dem "Schutz" der GPU-Revolver.

Auch Ostpolen (Weissrussland und Westukraine), und Bessarabien hat die Stalinbürokratie auf Grund ihres Raubpaktes mit Hitler annektiert, sich gewaltsam eingegliedert, ohne den Willen der dortigen Arbeiter und ärmsten Bauern, ohne den Willen ihrer Gesamtbevölkerung. Auch da war die Konstellation so, dass die englisch-französisch-amerikanische Bourgeoisie diese Gebiete nicht als imperialistische Stützpunkte gegen Sowjetrussland verwenden konnte und der Stalin-Hitlerpakt diese Gebiete der Stalinbürokratie als Raubanteil zusprach. Gerade von diesen Arbeitern und ärmsten Bauern, die unter dem schweren Joch der polnischen Schlachzigen, der rumänischen Bojaren stöhnten, musste am ehesten erwartet werden, dass sie in ihrem Kampf um Befreiung aus diesem Ausbeuterjoch in diesem so günstigen Augenblick Stalins Hilfe anrufen würden. Dies umso mehr als Bessarabien 1918, Weissrussland 1920 von Sowjetrussland gewaltsam losgerissen war und die Einwohnerschaft aller dieser Gebiete durch Sprache und Kultur mit der russischen Bevölkerung eng verbunden war. Wie schliesslich muss die stalinsche Entrechtung, Ausnützung, Auspöckerung, Ausgaunerung der russischen Arbeiter und armen Bauern sein, dass selbst die von den Schlachzigen, Bojaren ausgebeuteten, gepöckelten Massen der Arbeiter und armen Bauern kein Zeichen des Wunsches sichtbar oder hörbar werden liessen, mit Stalinrussland vereinigt zu werden!

Nachdem Stalin auf Grund seines räuberischen Schachergeschäftes mit Hitler diese Annexionen unter der Patronanz des deutschen Imperialismus vollzogen, verteidigt er nun diesen Raub unter der heuchlerischen Losung der Verteidigung des proletarischen Vaterlandes "in den Grenzen von 1918". Das proletarische Vaterland hat er inzwischen "neu" zum russischen Vaterland, zu Stalinrussland entertot. ... Eine durch und durch räuberische, russischchauvinistische Politik, die den Monopolkapitalismus, Imperialismus, der neuen russischen Bourgeoisie, die sie in sich und um sich herum aufzuechtet, die Bahn völlig ebnet und überhaupt den Imperialisten für ihre Raubereien die erwünschte moralische Rechtfertigung bietet. Alle diese Raubereien, Gaunerereien geschehen unter der Fahne des stalinschen "Kommunismus".

Enden die Stalinbürokratie das proletarisch-revolutionäre, proletarisch-demokratische Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter und ärmsten Bauern der annektierten Länder, in-

16. Osteuropa 1949-1956

Die Behauptung, daß der Frieden die notwendige Vorbedingung für den Fortschritt der Freiheit ist, gilt allgemein ...
John F. Kennedy

Die Eskalation des Kalten Krieges besonders nach dem Ausbruch des Koreakonflikts forderte von Osteuropa schwere Opfer. Teilweise unter dem Vorwand einer unmittelbar bevorstehenden Kriegsdrohung des Westens stiegen die Stalinisten in den osteuropäischen kommunistischen Parteien auf und trieben unter der Leitung Moskaus ihre Länder durch eine Zeit intensiven stalinistischen Aufbaus. Zwischen 1949 und 1953 hatten die Politik und die Taktik Stalins die Wirtschaft dieser Länder an den Rand des Ruins gebracht, ihr innenpolitisches Leben unterdrückt und sie praktisch zu einer Kolonie gemacht. Diese Jahre der politischen Säuberungen und der wirtschaftlichen und nationalen Ausbeutung fachten die Leidenschaften einer nationalistischen Revolte an. Gerade als die Sowjetunion die ersten Ziele ihres Wiederaufbauprogramms, die Sicherheit als Großmacht und nukleare Parität erreicht hatte, hörten die Satellitenstaaten nicht nur auf, für die Sowjets eine wirtschaftliche Notwendigkeit zu sein, sondern wurden auch zu einer ungeheuren politischen Verantwortung.

Als Stalin im März 1953 starb, war eines der zentralen Probleme, denen sich die neue sowjetische Führung gegenüber sah, diese Verantwortung in Osteuropa. Der Kern des Problems war die Teilung Deutschlands, die die Spaltung Europas fortbestehen ließ und dazu benutzt wurde, um die Präsenz großer amerikanischer Truppenkontingente auf dem Kontinent zu rechtfertigen, und somit eine militärische Bedrohung des Sowjetblocks darstellte. Die Bedrohung kam konkret in der Weigerung der amerikanischen Führung zum Ausdruck, den Status quo in Osteuropa anzuerkennen, und in ihrer offenen Absicht, die Satellitenstaaten zu befreien.

Die »Befreiungspolitik« wurde von den Republikanern während des Präsidentschaftswahlfeldzuges proklamiert, als im Anschluß an eine lange Unterredung mit Eisenhower Dulles im August erklärte, daß die Eindämmungspolitik eine »Fahrkarte in den dritten Weltkrieg« darstelle. Er verurteilte die Eindämmung, da sie auf die Hoffnung gegründet sei, »die kommunistischen Diktatoren würden sich mit achthundert Millionen Menschen derart vollstopfen, daß sie bleiben würden, wo sie waren«. Das Angewiesensein auf eine solche Hoffnung bzw. Überzeugung genüge nicht, sagte Dulles. Die USA müßten versuchen, zwischen die Satellitenstaaten und Rußland einen Keil

zu treiben. »Die einzige Möglichkeit, einem Frontalzusammenstoß mit der Sowjetunion Einhalt zu gebieten, besteht darin, sie von innen heraus zu schwächen und schließlich ganz aufzulösen!«

Vier Monate vor diesen Äußerungen hatten die Russen ihre Haltung gemäßigt und die Wiederaufnahme ernsthafter Verhandlungen über das Deutschlandproblem vorgeschlagen. Die von ihnen veröffentlichten Vertragsentwürfe enthielten solche unerwarteten sowjetischen Konzessionen wie die Aufnahme Deutschlands in die UNO, das Recht Deutschlands auf den Unterhalt eines eigenen Heeres und die Möglichkeit freier Wahlen. Die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten sollte den Vertragsentwürfen zufolge unter der Leitung gesamtdeutscher Kommissionen stattfinden, und die einzige Bedingung war, daß ein wiedervereinigtes Deutschland zwischen Ost und West neutral bleiben sollte. Diese Vorschläge führten jedoch nicht zum Beginn ernsthafter Verhandlungen, weil in Anbetracht der Aussicht auf eine Eingliederung Westdeutschlands in das amerikanische Bündnisystem das State Department und das Pentagon »diese Vorschläge nicht wirklich zu sondieren wünschten«.

In Wirklichkeit war es den Russen damals sehr ernst damit, die Wiedervereinigung Deutschlands auf dem Verhandlungswege zu erreichen und den Beitritt Westdeutschlands zur NATO zu verhindern. Sie waren derart eifrig bestrebt, eine Übereinkunft im Sinne einer Neutralität Deutschlands zu erreichen, daß im Frühjahr 1952 »der kommunistischen Führung Ostdeutschlands vom Kremel mitgeteilt wurde, daß ihre Regierung im Interesse einer Wiedervereinigung Deutschlands aufgelöst werden müsse«. Die Weisungen an die kommunistische Partei Ostdeutschlands ergingen, ehe Moskau im März um Vier-Mächte-Verhandlungen nachsuchte mit dem Ziel, die Besetzung Deutschlands zu beenden, das Land zu vereinigen und einen Friedensvertrag abzuschließen. Das sowjetische Angebot wurde abgelehnt, und »einige Monate später wurde der ostdeutschen Regierung mitgeteilt, daß sie weiterbestehen würde«.

Aber damit waren die sowjetischen Versuche, den Kalten Krieg in Europa während dieser »mittleren« Periode zu beenden, nicht erschöpft. Als im folgenden Frühjahr Stalin starb, unternahm die neue Moskauer Führung dramatische Schritte, »um die Rückzugslinien in Deutschland zu sondieren«. In der einen einzigen Woche, die dem Berliner Juni-Aufstand vorausging, wurde die ganze Politik des Pieck-Ulbricht-Regimes über den Haufen geworfen. Nach der Abberufung des Sowjetgenerals Tschukow wurde der Eisernen Vorhang zwischen Ost und West fast niedergeworfen; die Arbeitspolitik wurde revidiert; der Kampf der Regierung gegen die evangelische Kirche wurde abgeblasen; die Kollektivierung der Landwirtschaft wurde eingestellt, und die-

jenigen, die aus Ostdeutschland geflohen waren, wurden eingefordert, wieder zurückzukehren, um ihr Eigentum in Besitz zu nehmen. (Isaac Deutscher, *Heretics and Renegades*, 1955, S. 173 ff. Im März 1963 bestätigte Chruschtschow Deutscher Bericht in einer Rede, in der er die Aufmerksamkeit auf seine Verdienste bei der Durchkreuzung der Pläne Malenkows und Berijas zur Liquidierung des ostdeutschen Regimes lenkte [mitgeteilt von Harrison Salisbury in der *New York Times*, internationale Ausgabe vom 16. März 1963].)

»Vom russischen Standpunkt«, meinte Isaac Deutscher, »waren diese Maßnahmen völlig sinnlos, sofern sie nicht den wesentlichen Bestandteil einer Politik bildeten, die darauf angelegt war, die Wiedervereinigung Deutschlands und den Abzug der Besatzungstruppen herbeizuführen.« In Berlin herrschte kaum Zweifel darüber, daß Moskau tatsächlich bereit war, das Pieck-Ulbricht-Regime preiszugeben.

»So nachhaltig unterstützten sowjetische Vertreter in Berlin diese Überzeugung und so offen verhandelten sie mit nicht-kommunistischen Politikern über einen Regierungswechsel, daß die Russen selber schon dadurch unbeabsichtigt die Berliner veranlaßten, auf die Straße zu gehen, lautstark den Rücktritt der kommunistischen Regierung zu fordern und die Verwaltungsgebäude dieser Regierung zu stürmen.«

Die Juni-Revolte, bei der deutsche Aufständische mit Steinen in den Fäusten sowjetischen Panzern gegenüberstanden, führte in der Tat zu einem Umschwung: »aber der Umschwung fand in Moskau, nicht in Berlin statt«. Ausgehend von dem Chaos, das die neue Krempolitik in Deutschland ausgelöst hatte, konnten die Kritiker der neuen Linie »darauf hinweisen, daß nicht nur Deutschland, sondern der Westen insgesamt die russischen Konzessionen als Beweis der Schwäche Rußlands auffaßte und daß Washington insbesondere diese Zugeständnisse als Ausgangspunkt für einen verstärkten Angriff gegen die ost- und mitteleuropäischen Positionen der Sowjetunion benutzte«.

Die Ereignisse in Ostdeutschland, denen »der vom Westen an die osteuropäischen Länder gerichtete Ruf nach Empörung und Aufruhr folgte«, gab im Kremel den Ausschlag für eine unanschließendere, vorsichtigeren Politik gegenüber dem Westen. Der Kern der herrschenden Gruppe bestand noch immer aus Männern, die bereit waren, nach Vereinbarungen zu suchen, aber »selbst die Männer der »Mitte« mußten von den Argumenten gegen eine »Beschwichigung« beeinflusst worden sein ... « Daß der Aufstand in Ostdeutschland jedoch nicht zu einer völligen Wende im Kremel führte, zeigt sich unter anderem darin, daß im gleichen Monat Imre Nagy durch das Politbüro zum ungarischen Ministerpräsidenten ernannt wurde.

Unter Nagy wurden »große und unbestreitbare Fortschritte«

Keinesfalls sind sie Arbeiterstaaten, auch nicht entartete: weil in ihnen keine Spur proletarischer Demokratie, weil sie nicht für, sondern gegen die internationale proletarische Revolution wirken.

Die "Volksdemokratien" waren bürgerliche Staaten, mehr oder weniger zurückgeblieben (wie Bulgarien, Rumänien, Polen) oder kapitalistisch nicht genügend hoch entwickelt (wie Ungarn, Tschechoslowakei). Diese "Volksdemokratien" sind entartete bürgerliche Staaten: ihre endgültige Klassennatur wird entschieden werden durch siegreiche kapitalistische Gegenrevolution, die ihren klaren bürgerlichen Klassencharakter wieder herstellt - oder durch siegreiche proletarische Revolution, die sie von Grund aus proletarischdemokratisch reformiert.

China war ein halbfeudal-kapitalistischer Staat - Mao-China ist ein entarteter halbfeudalkapitalistischer Staat: er wird entweder der siegreichen kapitalistischen Gegenrevolution verfallen, die ihn als unzuverlässigen bürgerlichen Staat herstellen wird - oder er wird durch siegreiche proletarischdemokratische Revolution gerettet und durch ihre umfassende proletarischdemokratische Reform als proletarischdemokratischer Staat aufgerichtet werden.

Jugoslavien war ein bürgerlicher Staat mit weitaus überwiegender kleinbäuerlicher, kleinbürgerlicher Bevölkerung. Tito-Jugoslavien ist als solcher entartet. Entweder wird die siegreiche kapitalistische Konterrevolution den bürgerlichen Staat voll wieder herstellen - oder die siegreiche internationale proletarischdemokratische Revolution wird das verhindern und durch tiefgreifende proletarischdemokratische Reform das proletarischdemokratische Jugoslavien errichten.

55

2.

Nehmen wir nun die "Volksdemokratien", Jugoslavien, China. Welche konkrete Tatsache müssen wir ins Auge fassen, um die Frage richtig zu beantworten, ob sie Arbeiterstaaten oder wenigstens entartende Arbeiterstaaten sind.

Die für die richtige Beantwortung dieser Frage entscheidende konkrete Tatsache lautet: in keinem dieser Länder gab und gibt es auch nur eine Spur von proletarischer Demokratie und eben deshalb waren sie nicht Arbeiterstaaten, konnten sie als solche nicht entarten, sind sie keine entarteten Arbeiterstaaten!

3.

Aber gibt es in diesen Ländern nicht "Volkskomitees" oder ähnliches? Ja, die gibt es!

Allein die Delegierten sind nicht in den Betrieben gewählt, Sie können durch ihre Betriebswähler nicht abberufen, nicht ersetzt werden.

Sie wählen nicht die Regierung, haben nicht das Recht, sie abzusetzen, durch eine Regierung ihres Vertrauens zu ersetzen.

Sie beschliessen nicht die Richtlinien für die Politik des Staates, seiner Regierung. Sie kontrollieren nicht die Durchführung ihrer Beschlüsse. Sie haben nicht einmal das Recht zur Kritik an der Staatspolitik, Regierungspolitik.

Sie sind blosse Durchführungsorgane der Stalinbürokratie, der Mao-Bürokratie, der Titobürokratie.

Jede ernste politische Kontrolle durch die Arbeiter von unten, jede Kontrolle der Wirtschaft durch die Arbeiter von unten ist ausgeschlossen!

Die "Volkskomitees" sollen proletarische Demokratie vertauschen.

Für Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Polen, Tschechoslowakei ist das ganz klar. Auch für China. Es gibt nur Unterschiede in der Form, die am Wesen der Sache nichts ändern.

4.

Von den "Volkskomitees" in Jugoslavien gilt dasselbe. Hier gibt es ausserdem "Betriebskomitees", Betriebsräte. Diese üben in der Tat eine begrenzte Betriebskontrolle aus, wobei freilich die Titobürokratie das Heft immer in der Hand behält. Vor allem aber, sie sind keine Organe der politischen Kontrolle und auch nicht Organe der Kontrolle der Gesamtwirtschaft! Die Titobürokratie schaltet und waltet ohne jede politische Kontrolle ohne jede Wirtschaftskontrolle seitens der Arbeiterklasse!

folgt 10

- 6 -

das entscheidet! Deshalb ist der Titostaat kein Arbeiterstaat, auch nicht ein entarteter. Es gab und gibt dort keine proletarische Demokratie. Wohl aber sucht die Titobürokratie, das immer wieder vorzuspiegeln.

IV. Wurden die "Volksdemokratien" Jugoslawien, Mao-China durch die siegreiche proletarische Revolution errichtet?

1.

Nur wenn die siegreiche Revolution die Klassenherrschaft der Arbeiter, den proletarischdemokratischen Staat verwirklicht, nur wenn sie proletarischdemokratische Revolution ist, ist sie proletarische Revolution!

Ohne das ist sie im besten Fall nicht von der Arbeiterklasse geführte Revolution zur Vollendung der bürgerlichdemokratischen Aufgaben (Agrarrevolution, nationale Unabhängigkeit, Einheit), also bürgerlichdemokratische, bürgerliche Revolution!

In der Epoche des Niedergangs des Kapitalismus kann selbst in zurückgebliebenen Ländern die bürgerlichdemokratische Revolution zu Ende geführt werden nur unter Führung einer Klasse, die durch ihre Klasseninteressen getrieben wird, für die proletarischdemokratische Revolution, für die proletarische Weltrevolution zu kämpfen. Diese Klasse ist einzig und allein die Arbeiterklasse. Unter Führung der Arbeiterklasse, das heißt: auf der Linie einer Politik, die unter allen Umständen leitend von den proletarischen Klasseninteressen bestimmt wird, ihnen in allen Wendungen ihrer Strategie und Taktik tatsächlich entspricht.

Ist dem nicht so, so liegt etwas ganz anderes vor: nämlich das Aussehen der sozialrevolutionären, agrarrevolutionären, nationalrevolutionären, bürgerlichdemokratischrevolutionären, unter Umständen auch proletarischrevolutionären spontanen Stimmungen, Regungen, Bewegungen der betreffenden Massen durch eine entartete Arbeiterbürokratie, die zunächst das sogar anfacht, um die alte Ausbeuterklasse zu stürzen, und darauf die Diktatur der vollkommenen Arbeiterbürokratie aufzurichten, sei es der Stalinbürokratie ("Volksdemokratien"), sei es der Mao-Bürokratie in China ("Volksdemokratie" der chinesischen Stalinbürokratie), sei es der Titobürokratie in Jugoslawien: gegen die alte Ausbeuterklasse und gegen die Arbeiter und armen Bauern!

Diese eigenartige "Revolution" ist keine entartete proletarische Revolution, noch ist sie eine bürgerlichdemokratische Revolution - auch nicht eine entartete, sondern sie ist eine

volksdemokratische "Revolution".

Diese wird in zwei Etappen verwirklicht. Die erste Phase dient dem Sturz der alten Ausbeuterklasse durch Anfachen und Ausnützen der spontanen revolutionären Bewegung der betreffenden Masse - dies erreicht, beginnt die Stalinbürokratie die zweite Phase, indem sie die proletarischrevolutionären, die proletarisch klassenbewussten Elemente, die nach Zuendeführung der bürgerlichdemokratischen, nach deren Überleitung in die proletarischdemokratische Revolution drängen, durch die GPU usw. ermorden, liquidieren lässt, alle Ansätze zur proletarischen Demokratie zerstört, den Staatsapparat mit stalinbürokratischen Kreaturen, mit von ihr korrumpierten kleinbürgerlichen und proletarischen Elementen und mit bürgerlichen Konjunkturalisten durchsetzt.

Die "Volksdemokratie" (in China: "Volksrepublik") ist nur die Schwindelfirma, unter der die Diktatur der chinesischen Stalinbürokratie regelt.

2.

Für Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Tschechoslowakei ist das deutlich. In Ostdeutschland sucht das die Stalinbürokratie vorzubereiten. (Nachtrag 1956, Der Massenaufruf in Ostdeutschland 1953 hat gezeigt, dass es dem Krenl noch nicht gelungen war, den ostdeutschen Staatsapparat mit der Stalinbürokratie verlässlichen Kreaturen zu besetzen. Die anhaltende Flucht

Ebmeier: Anatomie des Zerfalls

(S23, A6, 7)

Der theoretisch folgenschwerste Versuch jedoch, die formale Orthodoxie der überlieferten Schriften auf Kosten der historischen Wirklichkeit zu bewahren, lag in der Weigerung, in der Errichtung der osteuropäischen Sattelitenstaaten der Sowjetunion 1944-48 die Schaffung von bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten anzuerkennen. Vielmehr beherrscht die Internationale offiziell bis 1951 auf der Position, bei den "Pufferländern", wie sie sie nannte, handle es sich nach wie vor um kapitalistische Länder, um "degenerierte" bürgerliche Staaten" - was eine terminologische Neuschöpfung war, die die Unsicherheit im Umgang mit den Prinzipien der marxistischen Staatstheorie kaschieren sollte.

Diese Haltung war im Sinne der formalen Orthodoxie - konsequent: wenn der Stalinismus durch den 2. Weltkrieg geschwächt worden war, konnte man wohl kaum zugeben, daß sich die Herrschaft der stalinistischen Bürokratie auf ganz Osteuropa ausgedehnt haben sollte. Aber hinter einem solchen, mehr psychologisch geprägten Räsonnement verbarg sich mehr, - verbarg sich ein fundamentales Unverständnis der ~~Wappsharrschaffixdax~~ Doppelnatur der Sowjetbürokratie. Und auch dieses Unverständnis hatte bereits Tradition in der Bewegung, und zwar ausgerechnet in der Sektion der Internationale, die unter dem Krieg in jeder Hinsicht am wenigsten gelitten hatte, die ihre Organisation, ihre Führungskader und auch - ihre theoretische "Orthodoxie" intakt gehalten hatte und auf die der organisatorische Wiederaufbau und die ideologische Konsolidierung der Internationale nach dem Krieg sich notgedrungen stützen mußten - in der SWP.

(S24, A2, 3)

...Nach dem Krieg konnte sich Cannons theoretische Schwäche ungehindert entfalten, und so wurde es in der Partei zu einer stehenden Redensart, der Stalinismus sei zutuefst konterrevolutionär... wobei natürlich die historische Doppelnatur der Sowjetbürokratie völlig verloren ging. Und auf dieser theoretischen Grundlage erscheint es natürlich als unmöglich, daß in Osteuropa aufgrund staatlicher sowjetischer Initiative und der Aktivitäten einheimischer stalinistischer Parteien Arbeiterstaaten entstanden sein sollten - was ja bei aller möglichen bürokratischen Deformation, trotz allem doch ein eminent revolutionärer Akt gewesen wäre...

(S25, A3, 4, 5)

Auch die englische RCP hatte bereits vor 1948 behauptet, die Umwandlung der osteuropäischen Länder in deformierte Arbeiterstaaten habe bereits stattgefunden. Und dies war auch letzten Endes die einzig mögliche Position, die sich aus einer konsequenten Anwendung sowohl der marxistischen Staatstheorie als auch der Trotzki'schen Analyse der Sowjetgesellschaft ableiten ließ. Denn wenn der Staat, um mit Engels zu reden, im Wesen eine Ansammlung bewaffneter Menschen ist, dann existierte seit 1944-45 nur eine Staatsmacht in den osteuropäischen Ländern: die sowjetische Bürokratie. Die einzige effektive politische Macht - nicht die fiktiv juristische Souveränität irgendwelcher auf bürgerlich-stalinistischen Koalitionen beruhenden Marionettenregierungen - war die Rote Armee, die bewaffnete Macht des bürokratisch degenerierten Arbeiterstaates! Wenn die Frage nach dem Klassencharakter eines Staates irgendeinen Sinn haben soll, dann doch wohl nur den, wer im Interesse welcher Klasse

gegen wen die Staatsmacht ausübt. Und dies war nun eben die Sowjetbürokratie mit ihren einheimischen Wurmfortsätzen - den aus dem Moskauer Exil herbeigeeilten Bürokratencliquen, die sich restlos der neuen Macht zur Verfügung stellten., in der berechtigten Hoffnung daheim dereinst sich zu derselben Überlebensgröße auswachsen zu dürfen, wie die Sowjetbürokratie das bereits in Rußland getan hatte.

Ja aber - regiert denn die Sowjetbürokratie im Interesse der Arbeiterklasse? Dürfte man also von Arbeiterstaaten reden, wo doch die Sowjetbürokratie, wie wir längst gesehen haben, ebenso im weltgeschichtlichen Sinn der Bourgeoisie dieht? Eben - das macht ja gerade den Doppelcharakter des bürokratisch degenerierten Arbeiterstaates aus! Resultat: der Klasseninhalt der Staatsmacht in den Ländern Osteuropas war insofern seit dem Beginn des Besatzungsregimes identisch mit dem Klasseninhalt des Sowjetstaates! Wie also konnte man diesen Ländern die Charakterisierung als bürokratisch deformierte Arbeiterstaaten verweigern?

Bekanntlich beginnt ja die proletarische Revolution nicht, wie die bürgerliche, mit der Veränderung der gesellschaftlichen-ökonomischen Grundlagen, um schließlich in der politischen Machtübernahme zu Gipfeln, sondern muß umgekehrt mit der Eroberung der Staatsmacht beginnen, um mit diesem gewaltigen Apparat die gesellschaftliche Basis planmäßig umzugestalten. Und wenn nun die Sowjetbürokratie die Länder Osteuropas ihrer staatlichen Machtausübung unterstellte, konnte sie sich dann gegenüber den Eigentumsverhältnissen in diesen Gesellschaften indifferent verhalten? Nur, wenn sie vorgehabt hätte, sich recht bald wieder aus diesen Gebieten zurückzuziehen. Und das lag ja, wie man vor dem Krieg in Lettland und Estland bereits hatte beobachten können, keinesweg in ihrer Absicht - und wenn sie sich dabei vielleicht auch nur von militärisch-strategischen Erwägungen leiten ließ.

(S 26, A 2,3,4)

Gerade die "ortodoxen" Trotzlisten Nordamerikas, die doch Trotzki Auseinandersetzungen mit den "Staatskapitalisten"-Theoretikern... aus der Nähe hatten beobachten können, hätten sich eigentlich an das erinnern sollen, was Trotzki im September 1939 über die sowjetische Invasion Polens geschrieben hatte. Nachdem er zuerst daran erinnert, wie Napoleon I. sofort nach der Eroberung Polens die Leibeigenschaft - und damit das Feudalregime! - aufhob und es ohne jede Beteiligung der Volksmassen auf militärische Weise eine wirkliche bürgerliche Revolution durchführte, - ganz allein, weil sein Großherzogtum Warschau auf keinen anderen gesellschaftlichen Grundlagen errichtet werden konnte als auf bürgerlichen, - nachdem er daran erinnert hat fährt er fort:

Und insofern, als Stalins bonapartistische Diktatur sich nicht auf privates, sondern auf Staatseigentum gründet, muß die Invasion Polens durch die Rote Armee nach der Natur der Dinge zu einer Beseitigung des privaten kapitalistischen Eigentums führen und so das Regime in den besetzten Gebieten in Übereinstimmung bringen mit dem Regime der UdSSR. (!) Diese ihrem Charakter nach revolutionäre Maßnahme - die "expropriation der Expropriateure" - wird auf militärisch-bürokratische Weise durchgesetzt.

Also keine Rede davon, daß dort der Kapitalismus gleichsam "ohne Revolution" abgeschafft würde - die Aneignung der Staatsmacht durch die Sowjetbürokratie ist selbst der entscheidende revolutionäre Akt.

Dies übersehen kann nur ein "Rechtgläubiger", der vor lauter Stalinophobie vergessen hat, welches die marxistische Methode nicht nur bei der Analyse der Sowjetbürokratie, sondern auch bei der Bestimmung des Klassencharakters eines Staates ist.